

10 Büro OB

Ute Abraham
Geschäftsführerin

Gravelottestr. 28
47053 Duisburg

Telefon 02 03 / 9 30 86 92
Telefax 02 03 / 9 30 86 94

buero@linksfraktion-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Stadtparkasse Duisburg
Konto-Nr. 200 020 055
BLZ 350 500 00

Duisburg, 07.05.09

Antrag zur Sitzung des Schulausschusses am 15. Mai 2009

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und Duisburger Schulen

hier: Friedenspolitische Initiativen in die Schulen einladen – Fortbildungsmaßnahmen entwickeln

Der Schulausschuss möge beschließen:

Der Schulausschuss bittet den Rat darum, dass er friedenspolitische Initiativen einlädt ihre Arbeit in Duisburger Schulen vorzustellen. Dazu erstellt die Stadt eine Informationsschrift, die an den Schulen der Stadt verteilt wird. Gleichzeitig entwickelt die Stadt als Schulträger Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer die sich mit der Thematik beschäftigen. Hierbei kann der Schulträger auf bereits bestehende Materialien wie das Schulbuch über die Duisburger Geschichte, aber auch auf Materialien über die Weltkriege und die Auswirkungen auf Duisburg zurückgreifen.

Begründung :

Mit Filmvorführungen, der Ausstellung von „Exponaten“ und finanziellen Lockangeboten (Studienfinanzierung durch das Militär in Zeiten der Studiengebühren) will die Bundeswehr ihr schlechtes Image in der Bevölkerung aufpolieren und Nachwuchs zur Fortführung von Kriegseinsätzen in der ganzen Welt rekrutieren. Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Verschlechterung von Ausbildungs- und Berufsperspektiven für junge Menschen sind die „Angebote“ der Bundeswehr für viele die letzte Hoffnung.

Kriege dürfen allerdings weder eine „Beschäftigungsperspektive“ noch ein Mittel der Wirtschaftspolitik sein. Sie stellen auch keine Lösung für humanitäre Notfälle oder internationale Krisen dar. Mit einem Bruchteil der für Rüstung und Militäreinsätze ausgegebenen Milliarden könnten die meisten humanitären Probleme gelöst und Konflikte mit zivilen Mitteln bereinigt werden.

Die verharmlosend „Militäreinsatz“ genannten Kriege werden auch nicht aus humanitären Gründen geführt, sondern zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen.

Ob die einseitige Werbung der Bundeswehr für ihren Berufsstand in Schulen angenommen liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses und der Stadt Duisburg.

Es steht dem Schulträger allerdings frei eigene Materealien zur Geschichte der Stadt und den Auswirkungen von Kriegen den Schulen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sollten Initiativen die sich mit dieser Thematik beschäftigen die Möglichkeit bekommen ihre Arbeit vorzustellen.

gez. Roland Busche